

---

und schaut in die Runde. Ihre Gegenüber nicken zustimmend.

Die Teilnehmer der Reise nach China haben sich zu einer Digital Economy Taskforce zusammengeschlossen mit dem Ziel, über die Grenzen der Ministerien hinweg die digitale Wirtschaft zu fördern. Heute treffen sie sich zum ersten Mal nach der Reise im Innovationsministerium. Wir stellen erste Ergebnisse unserer Arbeit vor. „Die richtige Einstellung fehlt hier einfach“, sagt die Staatsministerin aus dem Transportministerium, „und Führung fehlt auch“ – in Anspielung darauf, dass der Widerstand in kleineren regionalen und lokalen Einheiten eine Umsetzung der Digitalisierungsstrategie praktisch unmöglich machen wird.

Davon erzählt mir auch Feleg Tsefaye, der Gründer des Lieferdiensts DeliverAddis, der mit gemieteten Motorrädern Gerichte aus Addis' Restaurants in die Wohnungen der (kleinen) Mittel- und Oberschicht liefert – neben der Taxi-App RIDE eines der wenigen Start-ups in Äthiopien, das

erfolgreich internationale Businessmodelle anwendet. Felegs Geschichte verdeutlicht, wie bürokratische Widerstände Abiys Reformpläne torpedieren. So musste Feleg nach der Internetblockade erst kürzlich seine Unternehmungen für fünf weitere Wochen stoppen. Seine Motorräder wurden ohne Vorwarnung von den Straßen der Hauptstadt verbannt. Dahinter steckte die städtische Verkehrsbehörde. Auf Ministerialebene waren seine Unternehmungen ausdrücklich erwünscht – dennoch stellte sich die Behörde quer, bis Feleg für 60 000 Dollar eigene Motorräder angeschafft hatte.

So bleibt das Internet in Äthiopien oft nur ein Versprechen. Aus Kenia und anderen Nachbarländern kennen wir die positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen digitaler Zahlungssysteme und digitaler Lösungen für die Landwirtschaft. Die Hoffnung auf Veränderung ist im ganzen Land zu spüren. Aber bis dies Früchte trägt, wird es wohl noch eine ganze Weile dauern. ••

Clara Stinshoff arbeitete in Washington und Addis Abeba zum Verhältnis zwischen Staat und Privatsektor.

## Die gestohlene Revolution

*Jugendliche und junge Erwachsene sind vom demokratischen Wandel in Tunesien enttäuscht; an ihrer Situation hat sich fast nichts geändert. Dabei gibt es Wege, um sie am politischen Prozess zu beteiligen.*

Von Sebastian Franzkowiak

An diesem warmen Frühlingstag erstrahlt der Prachtboulevard Habib Bourguiba in ungewöhnlichem Glanz. Tunis hat sich herausgeputzt, um die ausländischen Delegationen zum Gipfeltreffen der Arabischen Liga zu empfangen. Dieser Glanz passt nicht zu der sonst staubigen,

mit Autos verstopften Stadt, in der ich über ein Jahr gelebt habe – und die auch nicht repräsentativ ist.

Nur wer ins Hinterland fährt, sieht Tunesiens wahres Gesicht. Sidi Bouzid, knapp zwei Autostunden westlich von Tunis, gilt als Wiege des Arabischen Frühlings. Hier

zündete sich der junge Straßenverkäufer Mohammed Bouazizi im Dezember 2010 an. Sein Protest gegen die Demütigung durch korrupte Ordnungskräfte wurde zum Auslöser und Symbol des Widerstands gegen die autoritären arabischen Regierungen.

Sicherlich, im regionalen Vergleich hat Tunesien entscheidende Fortschritte gemacht: freie Wahlen und die wohl liberalste Verfassung aller arabischen Staaten. Doch knapp 200 Kilometer außerhalb von Tunis sieht die Realität so aus: Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 30 Prozent. Das Straßenbild ist geprägt von jungen Männern, die den allseits beliebten „café direct“ trinken. In den Maghreb-Staaten hat sich ein Wort für sie etabliert: les Hitistes. „Hit“ heißt auf Arabisch „Wand“, und die Hitistes sind sprichwörtlich „Nichtstuer“, die ihre Zeit damit verbringen, an der Wand zu lehnen. Viele von ihnen sind arbeitslose Hochschulabsolventen.

### Arbeit, Freiheit, Würde

Ursprünglich ging es bei der Jasmin-Revolution nicht darum, Tunesien in eine Demokratie zu verwandeln. Vielmehr wurden die sozioökonomische Marginalisierung und Korruption im Land angeprangert. Über Jahrzehnte förderte der Zentralstaat die Küstenregion von Tunis bis Sfax – dort sind 92 Prozent der Industrie angesiedelt –, während das Landesinnere völlig vernachlässigt wurde. „Shugl, hurriya, karama“ (Arbeit, Freiheit, Würde) waren die drei Kernforderungen der Revolution. Doch die ursprünglichen Ziele gerieten aus dem Blick. Machtkämpfe prägen die tunesische Politik, Eliten aus den Zeiten des Diktators Ben Ali dominieren weiterhin große Teile des Landes.

Junge Tunesier unter 30 – die Hälfte der Bevölkerung – zeigen wachsendes Desinteresse an der Demokratie. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentierte in

*Wo ist die Hoffnung geblieben? Und wie können junge Menschen davon überzeugt werden, im Land zu bleiben?*

einer umfangreichen Jugendstudie 2016/17 ernüchternde Ergebnisse: 76 Prozent der Befragten meinten, „die Revolution wurde von der Jugend gestartet und dann von anderen gekapert“, und 65 Prozent sagten: „Nichts hat sich geändert“. Demokratie scheint schwer greifbar für viele junge Menschen. Manche romantisierten sogar die Ben-Ali-Diktatur: Das Land habe die wirtschaftlich solide Spur 2011 verlassen. 23 Prozent wünschten sich nun einen „starken Mann“ wie as-Sisi in Ägypten, um das Land zu stabilisieren.

100 000 Studienabsolventen, vor allem gut ausgebildete Ärzte und Ingenieure, haben Tunesien seit 2011 verlassen. Das arabische Wort „Haraga“ steht stellvertretend für die jungen Menschen, die nördlich des Mittelmeers ihr Glück suchen. Andere, die in ihrem eigenen Land keine Zukunft mehr sahen, wandten sich radikalen Gruppen zu: Zwischen 5000 und 6000 Tunesier haben sich dem IS in Syrien angeschlossen.

Wo ist die Hoffnung geblieben? Und wie können junge Menschen davon überzeugt werden, im Land zu bleiben und den politischen Wandel mitzugestalten? Ein erster Schritt ist, ihnen die Mittel zu geben, aktiv Teil des Prozesses zu werden. Demokratie muss am besten „erlebt“ werden. Artikel 8 der tunesischen Verfassung beschreibt eine rechtliche Basis für größere Teilhabe junger Menschen. Jugendliche werden explizit als aktive Kraft bei der Staatsbildung genannt, die sich an allen Prozessen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beteiligen können. Nach Jahren der

---

zentralistischen Regierung hat die lokale Ebene das Potenzial, Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Um Demokratie zu „lernen“ und mitgestalten zu können, hat die FES das „Youth 4 Change“-Programm gestartet. Es unterstützt drei Jugendorganisationen in den Provinzstädten Gabes, Gafsa und Kairouan. Junge Menschen werden im Rahmen von Workshops für Demokratie und Kommunalpolitik sensibilisiert, bei Simulationen schlüpfen sie in die Rolle von Entscheidungsträgern. Amal, Teilnehmerin aus Gafsa, zeigte sich beim Workshop begeistert: „Was hier in Tunis in der Politik geschieht, interessiert uns nicht, das ist fern von unserem Leben in Gafsa. Das Programm hilft uns zu lernen, wie wir uns vor Ort aktiv einbringen können. Ich möchte dazu beitragen, dass der Müll endlich wieder regelmäßig abgeholt wird.“

Dezentralisierungsprozesse sind kompliziert, insbesondere in einem so fragilen Staatsgebilde wie Tunesien. Ob der politische Wille in der Hauptstadt ausreicht, tatsächlich vor allem finanzielle Ressourcen an die lokalen Behörden abzugeben, wird sich zeigen. Aber Dezentralisierung kann mehr Bürgerbeteiligung und größere Rechenschaftspflicht fördern. Das Handeln von Kommunalpolitikern kann einfacher verfolgt werden. Wenn die Gemeinde in Gafsa den Müll nicht abholt, kennt die Bevölkerung die Verantwortlichen. Gleichzeitig können Lokalpolitiker eher auf die Bedürfnisse der jungen Bevölkerung eingehen, da sie näher am Volk sind und nicht so sehr gezwungen sind, Parteilinien auf nationaler Ebene zu folgen. Bessere Dienstleistungen und eine Verbesserung der lokalen Lebensqualität müssen ihre Prioritäten sein.

Die britische NGO Search for Common Ground (SFCG) beschreitet innovative Wege, um junge Menschen für Politik zu

begeistern. Mit dem tunesischen Fernsehsender Carthage+ entwickelte sie die Sendung „Ich bin Präsident“ („Ana Alrayiys“). SFCG hat ein ähnliches Format bereits in Kenia erprobt – mit so großem Erfolg, dass wöchentlich bis zu einer Million Menschen „Miss President“ einschalteten. Das Projekt simuliert eine Wahlkampagne, von 2000 Bewerbungen bleiben am Ende 24 Endrundenteilnehmer aus allen Landesregionen übrig.

Das besonders Reizvolle: Die Castings bzw. die Shows fanden parallel zu den echten tunesischen Wahlkampfdebatten zwischen August und November 2019 statt. Imen Belhedi, die Programmkoordinatorin, hofft, dass Ana Alrayiys ein neues Bild von jungen, dynamischen Entscheidungsträgern im Land fördert. Nach dem Tod des 92-jährigen Staatspräsidenten Essebsi im Juli 2019 sei die Zeit reif für einen Neustart mit jungen, engagierten Menschen. In der Ausschreibung des Projekts heißt es dazu passend: „Wartet nicht auf Veränderungen, werdet Teil dieser Veränderungen!“

Nicht alle jungen Leute wollen sich aktiv in die Politik einbringen. Ein anderer Ansatz ist zivilgesellschaftliches Engagement. Grundsätzlich ist das Vertrauen gerade vieler junger Tunesierinnen und Tunesier in die Zivilgesellschaft größer als in die Politik. Die NGO zich Tounsi hat es sich zum Ziel gesetzt, auf alltägliche Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Sie organisiert beispielsweise Ted-Talk-ähnliche Austauschformate, bei denen Bürgerinnen und Bürger einer Stadt auf einer Bühne auftreten

*„Wartet nicht auf Veränderungen, werdet Teil dieser Veränderungen“, lockt die Sendung „Ich bin Präsident“*

dürfen. Provokante Fragen werden diskutiert, wie zum Beispiel: „Nimmt uns junge Menschen irgendwer ernst?“

„Shabab“, Arabisch für „Jugend“, hat es am Ende erwartungsgemäß nicht in die Abschlusserklärung des Gipfeltreffens der Arabischen Liga geschafft. „Ernstgenommen werden“ ist dennoch ein gutes Stichwort. Die Wünsche der jungen Leute in Tunesien, mit denen ich bei der GIZ und im MENA-OECD Governance Programme zusammenarbeiten konnte, ähneln im Grunde aktuellen Protesten in Europa, wie sie bei den Fridays for Future-Demons-

trationen zum Ausdruck kommen. Junge Menschen wollen nicht mehr, dass ältere Generationen über ihre Köpfe hinweg die Zukunft bestimmen.

Als ich aus Tunis abreise, hängt ein Mitarbeiter der obersten Wahlbehörde gerade ein Plakat vor dem Haus auf: Ein junger Mann ruft mit eindringlichem Blick zum Wählen auf, unter dem Slogan: „Mitmachen, um mitentscheiden zu können. Inshallah – so Gott will.“ • •

Sebastian Franzkowiak beschäftigte sich in Tunis, Berlin und Paris mit dem Potenzial der Jugend in der MENA-Region.

## Theatrale Interventionen

*Kunst aller Art, insbesondere aber das Theater, kann dabei helfen, Konflikte zu bearbeiten und Veränderungsprozesse anzustoßen. Auch der hohen Diplomatie täten etwas spielerischere Ansätze gut.*

Von Maja Leo

Es ist etwas zu still für Beirut, selbst für einen Sonntagnachmittag. Ich treffe einen befreundeten Musiker an einer Straßenecke, an der es normalerweise so laut ist, dass man sein eigenes Wort kaum versteht. Jetzt unterhalten wir uns über den Grünstreifen hinweg.

Die Straßen in der Innenstadt der libanesischen Hauptstadt sind wegen einer Demonstration gesperrt. Wir sind auf dem Weg zu einem Konzert, der Freund trägt Anzug und sein Cello auf dem Rücken. Wir überqueren eine menschenleere Autobahn, Autoreifen und umgekippte Mülleimer blockieren die Fahrbahn. Wir machen einen Umweg und laufen durch schmale Straßen zwischen engstehenden Wohnhäusern hindurch, aus deren Fenstern Wäsche und po-

litische Flaggen gleichermaßen flattern. In einiger Entfernung sind Sirenen und aufgebrauchte Sprechchöre zu hören. Der Qualm der Brathähnchenstände im Erdgeschoss mischt sich mit dem Rauch brennender Straßenblockaden, Rußwolken ziehen an uns vorbei. Die Menschen auf der Straße husten und lachen, als sie uns sehen. Viele sprechen uns an, zeigen auf das Cello: „Spielt uns was!“, rufen sie. Schlagartig verändert sich die Atmosphäre. Chaos und Wut lösen sich in Luft auf, unsere Begegnung wird unbeschwert und offen, trotz der aufgeheizten Atmosphäre um uns herum.

Diese Begebenheit ist im Hinblick auf das Transformationspotenzial künstlerischer Praxen in Konfliktsituationen sehr aufschlussreich. Die Aussicht auf eine